

Dringlicher Antrag

der Piratenfraktion
der Fraktion Die Linke
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bundratsinitiative unterstützen – Mehrstaatigkeit zulassen, Optionsregelung aufheben

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Antrag „Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung der Mehrstaatigkeit und die Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht“ der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (Drucksache 461/13) vom 31. Mai 2013 im Bundesrat zuzustimmen.

Begründung:

Der im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht verankerte Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist ein integrationsfeindliches Signal. Bereits jetzt wird dieser Grundsatz des Mehrstaatigkeitsverbots vielfach durchbrochen, etwa für hier lebende Bürger_innen aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Schweiz oder für Kinder mit binationalen Eltern. Nennenswerte Probleme mit der Mehrstaatigkeit sind nicht bekannt.

Eine Vielzahl anderer Nationen, wie etwa die USA, akzeptieren Mehrstaatigkeit und hatten damit durchweg gute Erfahrungen.

Eine liberalere Einbürgerungspraxis bietet viele Vorteile: Für die Einbürgerungswilligen bedeuten sie eine kürzere und günstigere Verfahren, für die Behörden bedeuten sie weniger Verwaltungsaufwand.

Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommen zu dem Schluss, dass höhere Einbürgerungszahlen die Integration des bislang nichtdeutschen Bevölkerungsanteils verbessern.

Mit der Zulassung von Mehrstaatigkeit sieht die Bundesratsinitiative auch die Abschaffung der sogenannten Optionspflicht für hier geborene Kinder ausländischer Eltern vor. Das seit 2000 gültige deutsche Staatsbürgerschaftsrecht zwingt diese Kinder ausländischer Eltern, die durch Geburt zusätzlich zu einer ausländischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, dazu, sich ab dem 18. und spätestens mit dem 23. Geburtstag für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden. 2013 wird die Optionspflicht erstmals wirksam – vom drohenden Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit sind bis zu 40.000 Kinder jährlich betroffen.

Die Optionspflicht wird der Lebensrealität einer modernen Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht. Sie schafft nicht nur Deutsche erster und zweiter Klasse, sondern auch Staatsbürger_innen auf Zeit. Zudem führt sie zu einem enormen Beratungs- und Bürokratieaufwand in den zuständigen Behörden und ist anfällig für Rechtsstreitigkeiten. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) empfiehlt ein Aussetzen der Optionspflicht.

Das Land Berlin muss die Bundesratsinitiative unterstützen und die Realitäten einer modernen Einwanderungsgesellschaft anerkennen und ein Zeichen ernst gemeinter „Willkommenskultur“ setzen, die über Lippenbekenntnisse hinaus geht.

Berlin, den 13. Juni 2013

Reinhardt Herberg
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion

U. Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen